

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitstage 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernr. 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 48

Duisburg, den 29. November 1924

25. Jahrgang

Industriekonzentration und Gewerkschaft

Nachdem das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat neu errichtet ist, regen sich auch wieder die früheren einflussreichen Verbände der Schwerindustrie. Denn Kohle- und Eisen sind unlöslich miteinander verbunden und Kohlenzechen sowie Hüttenbetriebe fast ausnahmslos in ein und derselben Gesellschaft vereinigt. Neuerdings drehen sich die Verhandlungen um die Neuerrichtung des alten Stahlwerksverbandes. Bekanntlich wurde die Deutsche Stahlwerksverband A. G. im Jahre 1904 gegründet und löste eine Reihe von Spezialverbänden (Schienen- und Schwellengemeinschaft, Halbzeugverband, Stabellen usw.) ab. Das Hauptziel war die neue Stahlwerksverband A. G., die eine straffe Einheitskörper darstellte, um die Preisgestaltung zu beeinflussen und die Mengenerzeugung zu kontingentieren. Bei den Stahlprodukten, die vom Stahlwerksverband erfasst wurden, handelte es sich um die sogenannten U- und W-Produkte. Unter den U-Produkten verstand man Halbzeug, Eisenbahnmaterial und Formeisen. Diese Erzeugnisse waren syndiziert, der Verband besaß das Verkaufsrecht allein und jedes Werk lieferte nur an den Verband. Die W-Produkte dagegen (Stabeisen, Draht, Bleche, Eisenbahnachsen, Radreifen, Röhren, Schmiede- und Stahlgußstücke) waren nur kontingentiert und wurden von den Erzeugern freihändig an die Abnehmer verkauft. Offiziell wurde über die Verammlung der Stahlwerksbetriebe am 14. Oktober d. J. in Essen, wo man zur Frage der Verbandsbildung Stellung nahm, folgende Mitteilung veröffentlicht: „Unter den maßgebenden Stahl- und Walzwerken fand eine eingehende Aussprache statt zum Zwecke der Bildung eines allgemeinen Kohlstahlverbandes. Der vorgelegte Entwurf eines Vertrages wurde als eine geeignete Grundlage angesehen, um die Bestrebungen zu fördern. Im Rahmen des Kohlstahlverbandes wird auch die Bildung von Einzelverbänden für die verschiedenen Erzeugergruppen sich leichter gestalten, als eine Erfassung der gesamten Kohlstahlfabrikation möglich sein würde.“

Der geplante Kohlstahlverband soll also keine Verkaufsorganisation sein, sondern eine feste Kontingentierung der gesamten Kohlstahlfabrikation bezwecken. Innerhalb des Kohlstahlverbandes ist die Bildung von Interessengruppen der verschiedenen Gruppen beabsichtigt. Wie dies im einzelnen vor sich geht, ist noch nicht bekannt geworden. Die beteiligten Werke, darunter die großen gemischten Konzerne haben sich mit der Bildung des Kohlstahlverbandes auf Grund des vorgelegten Entwurfes einverstanden erklärt. In Hinblick auf die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit den Westmächten sind die Fragen der Verbandsbildung in der deutschen Eisenindustrie von besonderer Bedeutung. Die belgische, luxemburgische und französische Eisenindustrie hat sich grundsätzlich für eine Koalition mit den deutschen Hüttenwerken ausgesprochen. Bevor allerdings die Wirtschaftsverhandlungen nicht abgeschlossen sind, dürfte es kaum zu internationalen Vereinbarungen kommen, obgleich die Haltung der deutschen Eisenindustrie grundsätzlich nicht ablehnend sein soll. Daß die Verhältnisse sich konsolidiert haben, ist daraus zu ersehen, daß über das internationale Schienenyndikat, das schon vor dem Weltkriege bestand, wieder verhandelt wird.

Neben diesen wichtigen Fragen, die zu lösen sind, schreitet die Konzentration in der Industrie selbst weiter fort. Wir führen daraus folgendes an:

Die Stinnes G.m.b.H. verhandelt gegenwärtig mit der schwedischen Regierung über die Erweiterung von Konzessionen für die Ausnutzung von Wasserkraften in Schweden. Ferner hat sie sich die Niederländische Röhrenindustrie-Gesellschaft Duffeldorff-Reisholz angegliedert. Diese ist in eine G.m.b.H. umgewandelt und führt den Namen Rhein-Lenne Eisenwerke G.m.b.H. und hat ihren Sitz nach Arnhem verlegt. Ferner schweben Verhandlungen zwischen der Hugo Stinnes-Gruppe und den in Köln anliegenden Firmen der Delfosse-Gruppe. Zur Delfosse-Gruppe gehören die Helios-Automobil-Werke, die in Köln-Ehrenfeld, die Kölner Industrie-Werke G.m.b.H., die Delfosse-Motorenfabrik G.m.b.H. in Köln und die Eisenindustrie Akt. Ges. in Essen. Zweigabteilung in Köln. Die genannten Firmen der Delfosse-Gruppe sollen sich in letzter Zeit finanziell schlecht gestanden haben.

Auch an anderer Stelle ist in der Autoindustrie eine Fusion zustande gekommen. Die Gemeinschaft deutscher Automobilfabriken hat die in Berlin-Reinickendorf gelegenen Fabrikanlagen der in Konkurs befindlichen Sava-Automobil- und Karosserie-Werke Akt.-Ges. mit sämtlichen Vermögensanteilen angekauft. Das Gelände ist 30 000 Quadratmeter groß und die Werke sind auf das modernste eingerichtet. Der G.m.b.H. Konzern umfaßt bekanntlich die AG, die der AG. nahestehend, die Hanja-Lloyd und die Brennaborwerke.

Der Michaelson Konzern, der vermittels der ihm nahestehenden Industrie- und Privatbank in Berlin bereits an verschiedenen deutschen Kleinbahnen beteiligt ist, soll eine Beteiligung an der Halle-Heitstedter Eisenbahn Akt.-Ges. beabsichtigen.

Die Junkers Luftverkehrs Akt.-Ges. hat mit der perfischen Regierung nach längeren Verhandlungen einen Vertrag über die Errichtung großer Luftverkehrsstrecken in Persien abgeschlossen, an denen die persische Regierung finanziell beteiligt ist. Bereits im Oktober soll die Linie Batu-Enjeli-Teheran in Betrieb genommen werden. Im Laufe dieses Jahres soll ebenfalls der Verkehr auf der Straße Teheran nach Buschir an der Persischen Golf aufgenommen werden.

Auch der Deutsche Anilin-Konzern macht wieder von sich reden. Es dürfte wohl der geschlossenen deutsche Konzern sein und ist derjenige, bei dem die Kapitalisten im Betrieb noch vielfach das Wort in der Hand haben. Daher auch die im allgemeinen schlechten Löhne und das diktatorische Vorgehen, was bei einer starken Gewerkschaftsbewegung gar nicht möglich wäre. Das Aktienkapital des Anilin-Konzerns soll im Verhältnis von 5 zu 1 zusammengelegt werden.

Folgende Zusammenstellung gibt über das verarbeitete Papiermaschinell und feinverarbeitete Zusammenlegung Aufschluß:

	Gesamtkapital 1913	Papier 1923	Gesamtkapital 1924
Badische Anilin- und Sodafabrik	54	880	176
Farbenfabriken Bayer u. Co.	51	880	176
Höfner Farbwerke	50	880	176
A.-G. f. Anilinfabrikation Trepow	19,80	298	59,60
Chem. Fabrik Griesheim-Elektron	16	220	44
Chem. Fabrik Weiler der Meer	8	67,30	13,46
A. Casella u. Co., G.m.b.H.	25	304,40	60,88
	220,80	3529,70	705,94

Gegenüber dem Friedenskapital dürfte also das gegenwärtige Goldmarkkapital der Interessengemeinschaft dreimal höher sein. Bei der Zusammenstellung ist vorausgesetzt, daß das Gesellschaftskapital der Leopold Casella u. Co., G.m.b.H., deren Anteile im Besitz der übrigen Konzernmitglieder sind, in demselben Verhältnis 5 zu 1 zusammengelegt wird.

Ob das dreimal höhere gegenwärtige Goldmarkkapital im Vergleich zur Friedenszeit das veränderte Wertverhältnis der Unternehmungen darstellt, diese Frage ist schwierig zu bejahen. Der Krieg mit seinen außerordentlichen Anforderungen für die chemische Industrie hat auf die Ausgestaltung der Werte des Anilin-Konzerns entscheidend eingewirkt. Die Anlagen wurden mit Hilfe der Kriegsgewinne außerordentlich erweitert und verbessert. Die Ausdehnungsbestrebungen dauerten auch in der Nachkriegszeit an. Hier ist vor allem zu beachten der Zuwachs der Ammoniakwerke in Merseburg und Oppau. Diese Riesenanlagen, die die Bedeutung und Leistungsfähigkeit der deutschen chemischen Industrie lebendig verkörpern, wurden unter Zuschuß von Reichsmitteln errichtet. Das Werk in Oppau, das durch eine ungeheure Explosion vernichtet wurde, konnte binnen kürzester Frist in erweitertem Maßstab wieder aufgebaut werden. Dieses Werk litt aber sehr während der Durchführung des passiven Widerstandes und lag monatelang still. Dennoch dürfte der Goldwert der Werke sowohl in Oppau wie in Merseburg außerordentlich hoch sein, zumal sich in deren Besitz noch Gipswerke im Harz und Württemberg befinden.

Bei der Würdigung des Anilin-Konzerns muß man sich vergegenwärtigen, daß die sieben Gesellschaften, die die Interessengemeinschaft bilden, eben nur Dazugesellschaften sind, denen sich noch eine große Anzahl von Tochtergesellschaften angliedern. Zu erwähnen wäre da u. a. die Duisburger Kupferhütte, die Steinhilberhütte Auguste Viktoria, die Zunderfabrik Kirschdorf und die Braunkohlengrube Elise II., die über die modernste technische Ausrüstung in Deutschland verfügt. Neuerdings erwarb der Anilin-Konzern ein Aktienpaket vom Rheinisch-Westfälischen Anilin-Konzern, das früherer Tochtergesellschaften im Auslande ist noch ungeklärt.

Was ergibt sich aus dem vorstehenden für die Arbeitererschaft? Zunächst wird die Arbeitererschaft die Frage tun, warum schließen sich diese Werke enger zusammen? Doch ohne Zweifel nur deshalb, um bei dem Wechselspiel der Wirtschaft besser gefügt zu sein, um die gegenseitige Konkurrenz zu unterbinden und einen „gesunden“ Preis zu erhalten. Diese Werke sind jedes für sich finanziell so gestärkt, daß sie auch allein den Kampf um den Markt aufnehmen könnten. Aber sie wissen, daß viel mehr für sie dabei herauspringt, wenn man geschlossenen zusammensteht. Sie wissen auch, daß man gegenüber den berechtigten Arbeiterforderungen feindsamer sein kann, wenn man im Ring geschlossen ist. Über neben gewaltigen Kapitalien, die die Werke darstellen, haben sie noch einen eigenen Streikfonds sich geschaffen, um gegenüber dem Streik gesicherter dazuzutreten.

Sollte das alles doch nicht der Arbeitererschaft etwas zu denken geben. Der Arbeiter bedeutet als einzelner gegenüber den starken Kapitalmächten nichts, nur in der Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung liegt seine Stärke. Sie allein ist in der Lage, die Forderungen eines gewissen Schanzmachertums abzuwehren. Derjenige Arbeiter, der abseits steht, begünstigt den Lohnraub, den das Unternehmertum anwenden möchte. Er gehört zu jener Reservearmee, auf die das Unternehmertum seine größten Hoffnungen setzt, denn nur mit Hilfe der unorganisierten Reservearmee ist es dem Unternehmer möglich, die Interessen der Arbeitererschaft beiseite zu schieben. Und noch eins muß die Arbeitererschaft lernen, nämlich, daß man ohne starke Finanzen gar nichts machen kann. Das Unternehmertum kennt den Wert gutgefüllter Kassen, denn nur dadurch ist es ihm möglich, auf sein Ziel loszusteuern. Will vielleicht die Arbeitererschaft mit den Händen in der Tasche stehen und den Ereignissen freien Lauf lassen, oder will sie für sich selbst einen starken Schutzwall aufschichten. Das ist nur möglich durch eine angemessene Beitragshöhe. Viele Kollegen berufen sich auf das Wort „Ein Stundenlohn als Wochenbeitrag“, der in der Inflationszeit gegolten habe. Aber haben denn vielleicht die Kollegen damals einen Stundenlohn bezahlt? In Papier haben sie ihn bezahlt, aber der Wert war oft bis auf ein Zehntel gesunken; das war dann der „berühmte“ Stundenlohn. Aber was damals in der Zeit der höchsten Inflationsblüten aus Not gemacht wurde, das kann heute bei der letzten Währung nicht mehr bestehen. Heute muß gefragt werden: Was hat der Verband notwändig, um die Interessen vertreten und um auch wieder insgesamt die Unterstützungen aufzutrocknen zu können. Die letzten Wochen haben eindrucksvoll bewiesen, daß die Arbeit des Verbandes erfolgreich gewesen ist. Lohnhöhungen, die ins Rollen gebrachte Frage der Arbeitszeit in den durchgehenden Betrieben, alles das zeigt, daß die Kollegen sich auf ihren Verband verlassen können. Aber damit ist doch die Arbeit nicht erschöpft. Es müssen für schwierige Zeiten große Streiks, große Ausperrungen Reservierten geschaffen werden, um damit die Kollegen unterstützen zu können. Aber diese Reservefonds fehlen heute und doch sind sie für den Verband notwendig, wie das tägliche Brot für den Menschen. Das Unternehmertum hat sich in kluger Voraussicht keine Streikfonds geschaffen. Dem müssen die Kollegen gleich starke Verbandsmittel gegenübersehen. Gewiß, es mag hier und da starker sein. Aber fragen wir uns selbst, haben die Lohnhöhungen der letzten Zeit pro Woche nicht oft das fünf- bis zehnfache eines Wochenbeitrages betragen. Hat sich da der Verbandsbeitrag nicht gut verzinst?

Wir kämpfen in unserem Verband nicht nur für das Heute oder Morgen, sondern für die Zukunft unseres Standes und unserer Kinder. Darum wollen wir auch Opfer bringen. Von den Unternehmern aber wollen wir zweierlei lernen, daß nur Geschlossenheit und finanzielle Stärke zum Erfolge führen.

Eine treffliche Zurückweisung

In der Schrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände: „Die Lohnpolitik der Deutschen Arbeitgeber“ wird mit einer seit 1914 um das Doppelte gestiegenen Belastung der Wirtschaft durch die Sozialversicherung operiert. Im einzelnen wird behauptet, daß diese Soziallast insgesamt 16,6 Prozent der Lohnsumme betrage, von der die Arbeitgeber 8,7 Prozent gegen 4,3 Prozent in 1914 aufbrachten. Auf diesen Zahlen sind in der Folgezeit viele Berechnungen aufgebaut worden, um die schier unerträgliche Sozialbelastung der deutschen Wirtschaft zu beweisen. So hatte die „Weserzeitung“ vom 19. 10. 1924 und Generaldirektor Dr. Platsch in der „Berliner Morgenzeitung“ vom 21. 10. 1924, die von der Arbeitgebervereinigung genannten Zahlen in besonderen Verhandlungen verwandt.

Jetzt weist das „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 15 in einer sehr interessanten Abhandlung: „Die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft“ nach, daß auch diese Berechnungen der Arbeitgebervereinigung unrichtig sind. Im einzelnen legt das Reichsarbeitsblatt dar, daß bei der Analyse der Lohnsumme die Entschädigungslast 2/3 der Last von 1913 darstellt. In der Angelegten-Verpflichtung sei für 1924 mit 110 Millionen Mark Beiträgen zu rechnen gegen 138 Millionen Mark in 1913. Auch bei der Soziallast der Versicherung sei die Endbelastung der Wirtschaft gegen 1913 nicht höher, sondern niedriger. Lediglich bei der Krankenversicherung sei die Last gestiegen und außerdem komme dann noch die neue Erwerbslosenversicherung als neue Belastung in Frage. Insgesamt sei die Soziallast der Wirtschaft in 1913 mit 1102 Millionen und in 1924 einschl. der Erwerbslosenversicherung 1510 Millionen Mark anzusehen. Der Arbeitgeberanteil sei von 538 Millionen auf 690 Millionen Mark gestiegen.

Das Reichsarbeitsblatt bemerkt angelegentlich der Zahlenunterschiede, zu der erst die Berechnung der Arbeitgebervereinigung Anlaß geben, sehr richtig:

„Welche Zahlenverwirrung! Welche unrichtigen Rückschlüsse! Es ist bezeichnend, daß Dr. Platsch an die unrichtigen Ziffern sofort den Hinweis auf die Verminderung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit und der Arbeitslosigkeit knüpft. Allerdings, falls die deutsche Wirtschaft etwa bei ihren Kostenkalkulationen mit den 16,6 Prozent vom Lohn, mit 4,3 Milliarden Mark Soziallast rechnet, falls sie von dem derzeit unrichtigen Kalkulationsunterlagen ausgeht, falls sie zu den objektiv bestehenden Lasten durch Steuern, Frachten usw. eine derartige nicht bestehende Soziallast hinzurechnet, dann wird sie sich in vielen Fällen für nicht wettbewerbsfähig halten, wird sie ihren Betrieb einschränken oder gar schließen, werden ungezählte Arbeitnehmer brotlos werden. Daher das Recht der deutschen Wirtschaft, der Arbeitgeber, wie der Arbeitnehmer, die wirklichen Ziffern zu erfahren, aber auch die unerlässliche Pflicht aller Beteiligten, begangene Fehler zu berechnen und in Zukunft mit den Tatsachen zu rechnen!“

In Wirklichkeit trifft diese Zurückweisung in erster Linie die deutsche Arbeitgebervereinigung. Sie ist ein neuer schlagender Beweis für den Wert der Behauptungen und Berechnungen, die ihre eingangs erwähnte Schrift bietet.

Vor Tische las man anders?

„Bereit man uns von den wirtschaftlichen Fesseln der Mietverträge, erleichtert man uns die Reparationslasten und gibt uns die Freiheit unserer Wirtschaft wieder, dann wird sich die Arbeitszeit bei uns in gleicher Weise regeln, wie bei der anderen Mitgliedstaaten des Internationalen Arbeitsamtes, ohne daß es einer internationalen Verständigung oder Einwirkung durch ein internationales Arbeitsamt bedarf.“

So schreibt Regierungsrat Dr. Wolffgarten am 24. Juli 1924 in der Deutschen Bergwerkszeitung. Namhafte Industriemänner haben auf ihr Ehrenwort versichert, daß das Berliner Abkommen für die Nordwestgruppe nur vorübergehend sein sollte, um aus der größten Not herauszukommen. Heute sind die Mietverträge gefallen, die Reparationen sind erleichtert, die Einheit der Wirtschaft wiederhergestellt und mehr als je sträubt sich die Industrie, in den durchgehenden Betrieben zum Dreißigstündensystem für die Schwerarbeiter zurückzukehren. Die fadenhörnigsten Gründe werden vorgebracht. Die Organisation wird aber nicht loder lassen, bis für die Schwerarbeiter eine menschenwürdige Arbeitszeit errungen ist. Das Reichsarbeitsministerium hat auf unsere wiederholten Forderungen die Initiative ergriffen, um durch eine Verordnung eine Änderung des Par. 7 der Arbeitszeitverordnung herbeizuführen. Aber alle Maßnahmen der Regierung bleiben auf halbem Wege stehen, wenn die Kollegen nicht selbst energisch dabei in die Speichen fassen. Reiflose Organisation der Kollegen der durchgehenden Betriebe und Kräftigung der Verbandskasse sind die unerlässlichen Vorbedingungen für eine wirksame Durchführung unserer Forderung.

Forderungen zur Erwerbslosenfürsorge

Die Höchstläge in der Erwerbslosenfürsorge sind zuletzt im August d. J. festgelegt worden. Die damalige Erhöhung entspricht nicht den Wünschen und Erwartungen, die von den Beteiligten geäußert wurden. Inzwischen sind die Preise für den notwendigen Lebensbedarf dauernd und stetig gestiegen. Der Winter steht vor der Tür. Eine Reihe von Ausgaben, die im Sommer entfallen, sind jetzt nicht mehr zu umgehen. Da geht es nicht an, die Erwerbslosen auf die bisherigen Unterstützungssätze zu verweisen. Eine Erhöhung ist dringend notwendig. Unser Deutscher Gewerkschaftsbund hat in einer ausführlich begründeten Eingabe sowohl die allgemeine Erhöhung der Unterstützungssätze als auch die Regelung der Sätze für die Frauen gemäß den Beschlüssen des Reichstags verlangt. Der Reichstag hat den Frauen die gleichen Sätze wie den Männern zugesagt und damit eine oft erhobene Forderung erfüllt. Das Reichsarbeitsministerium hat bisher aber nicht einmal für Frauen, die Ernährer einer Familie sind, die volle

Gleichberechtigung zugestanden, sondern durch eine Ausnahmemaßnahme...

Aber neben der Erhöhung der Höhe ist eine Neuregelung der Bezugsdauer notwendig...

Dieser Bescheid des Herrn Reichsarbeitsministers ist erfreulich. Die Praxis im besetzten Gebiet ist dagegen sehr unzureichend...

Endlich hat der Deutsche Gewerkschaftsbund noch daran erinnert, daß am 15. November die Anordnung über Verwendung von Wehrkraftauskommen...

Wir sind parteipolitisch neutral

Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß die politischen Wahlen vom Dezember untern Christlichen Metallarbeiterverband...

Ganz anders handeln die sozialistischen Gewerkschaften. Sie werfen sich mit beiden Armen in die Politik der sozialistischen Partei...

Nach alledem besteht für jedes Gewerkschaftsmitglied die Verpflichtung, für diejenige Partei im Wahlkampf und am Wahltag einzutreten...

Die sozialistische „Rheinische Zeitung“ berichtet in ihrer Nr. 249 vom 22. Oktober 1924 über eine Buchdruckerversammlung in Berlin...

Nach einem anfeuernden Schlußwort des Genossen Lieble, der vorher über die wirtschaftliche Lage referiert hatte, wurde eine Resolution...

Erinnerungen eines Mitbegründers

Ich bin nach Kräften bemüht war, die miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die überall in dem dortigen Gebiet herrschten...

In Hilden war die Mitgliederzahl unseres Verbandes stärker als die des sozialistischen Metallarbeiterverbandes...

Auch in anderen Buchdruckerversammlungen wurden Resolutionen, die zum Kampf für die Sozialdemokratie aufriefen...

Aus München berichtet die „Rheinische Zeitung“ vom 30. Oktober 1924:

„Die Zeit der Kommunisten in den Münchener Gewerkschaften ist endgültig vorüber. Das zeigt sich ganz klar in einer außerordentlich stark besuchten Delegiertenversammlung...

So machen sich die sozialistischen Gewerkschaften zum Vorspann für die sozialistische Partei. Und trotzdem gibt es noch immer eine Reihe von Kollegen...

25 Jahre christlicher Tabakarbeiterverband

Am linken Niederrhein hat die Wiege des christlichen Tabakarbeiterverbandes gestanden. Dort wurde der Gedanke in Kaldenkirchen zuerst aufgegriffen...

Die gut ausgestattete Festnummer zum 25jährigen Bestehen brachte beachtenswerte Artikel über Geschichte und Prinzipien des christlichen Tabakarbeiterverbandes...

Aus Anlaß der Vierteljahrshundertfeier fand am 16. November in Geldern eine imposante Kundgebung statt, zu der zahlreiche Gründer und viele Ehrengäste erschienen waren...

Möge der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter auf der altbewährten Bahn weiterarbeiten zum Wohle der Tabakarbeiter und der Volksgemeinschaft.

Lohneinkommen und Lebenshaltung

Die von den Metallarbeiterverbänden an die Nordwestgruppe gestellten Lohnforderungen und der zur Lohnfrage der Bergarbeiter von den Bergarbeiterverbänden vor kurzem veröffentlichte Aufruf...

„Das Gericht hat sich nicht der Auffassung anschließen können, daß hier ein Vergehen gegen § 185 vorliegt. Der Inhalt der Artikel ist so präzis gefaßt, es sind darin eine Reihe von Tatsachen festgelegt...

Der Verhandlungsleiter, der „alte“ Franz, hat damals allen nicht über den Kopf gewachsen. Ich mußte inzwischen der Einladung der Staatsanwaltschaft Folge leisten...

Dieselbe Politik, die der sozialistische Metallarbeiterverband in Hilden uns gegenüber anwandte, verfolgte er auch gegenüber dem Solinger Stahlwarenarbeiterverband...

„Die Einsicht in die Dokumente, in deren Besitz wir sind, zeigt uns ein erschreckendes Bild von der Clique, von der der Deutsche Metallarbeiterverband regiert wird...

Der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes krenge daraufhin, gestützt auf § 185 d. S. O., Befehdungsstöße gegen den Redakteur des Stahlwarenarbeiterverbandes...

Wie die Lebenshaltung in Arbeiterkreisen, welche hohen Anforderungen an die wirtschaftliche Haushaltungskunst der Arbeiterfrauen gestellt ist...

Stellen wir einmal die notwendigen Ausgaben einer sechsköpfigen Familie zusammen.

Table with 2 columns: Item (e.g., Nahrungsmittel, Steuern, Versicherungen) and Amount (e.g., 0,30 M, 8,00 M).

Es ergibt dieses einen Monatsbedarf von M 193,90

Die Erforschung der Lebenshaltungskosten durch die Stadt Gelsenkirchen ergaben für eine vierköpfige Familie im zweiten Vierteljahr 1924 im Monatsdurchschnitt eine Gesamtausgabe von 159,25 Mark.

Die Berechnungen decken sich wie ersichtlich an den Kopfszahlen der Familien gemessen ziemlich übereinander. Bei verschiedenen Artikeln konnte naturgemäß nur auf ein Durchschnittsmaß...

Beliebt der von der Stadt Gelsenkirchen ermittelten Zahlen kann ich eine Anzweiflung auf die Richtigkeit nicht unterlassen. Die Ausgaben für Nahrungsmittel...

„Das Gericht hat sich nicht der Auffassung anschließen können, daß hier ein Vergehen gegen § 185 vorliegt. Der Inhalt der Artikel ist so präzis gefaßt, es sind darin eine Reihe von Tatsachen festgelegt...

Nur dem damaligen Redakteur der Metallarbeiter-Zeitung Scherm-Stuttgart konnte die Mitbeteiligung nicht nachgewiesen werden. Da auch ich die Bezeichnung „Clique“, die vor meinem Verbrechen an der Arbeiterzeitung zurückgeblieben ist...

Auch ein anderer Befehdungsprozeß, den der Solinger Angeklagte des sozialistischen Metallarbeiterverbandes wegen Sandlungen, die beim Streik der Arbeiter Metallindustrie vorgenommen waren...

Es wären noch viele interessante Vorkommnisse aus der Ära zu besprechen, aber ich hoffe, daß diese Angaben genügen. Unseren jüngeren Kollegen aber mag manches ein Eingangszeit sein...

Kollegen! Werbt für den Verband!

Branchenbewegung

Jechenmetallarbeiter und Reichsnappschaffsgesetz.

In einer am 1. November stattgefundenen Bezirkskonferenz anderer Jechenmetallarbeiter, Heizer und Maschinisten war zum Par. 26 des Reichsnappschaffsgesetzes eine Entschliessung angenommen worden, die in einigen Tageszeitungen veröffentlicht wurde. Diese Entschliessung nimmt der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter zum Anlass, uns im „Bergknappen“ Nr. 46 Agitationsbedürfnis, Anerkennung des Reichsnappschaffsgesetzes, Gegnerschaft zu demselben und damit Unterstützung der Unternehmerforderung auf Beseitigung des Gesetzes vorzuerwerfen. Wir wollen nicht auf die schlagworthaften Anwürfe eingehen, sondern objektiv den Tatbestand schildern:

Unsere im Bergbau beschäftigten Mitglieder setzen sich in der Hauptache aus gelernten oder angeleiteten Handwerkern, Maschinisten und Kesselhaus-Peronal, also sogenannten „Tagesarbeitern“ zusammen, die durch Par. 26 des Reichsnappschaffsgesetzes benachteiligt werden, indem sie gleich hohe Beiträge zur Pensionkasse zahlen müssen, ohne mit gleichem Recht wie die eigentlichen Bergarbeiter die Alterspension in Anspruch nehmen zu können. Darum verlangen unsere Kollegen in erster Linie gleiche Rechte, wenn ihnen gleiche Pflichten auferlegt werden. Werden ihnen diese Rechte verweigert, dann verlangen sie mit derselben Entschiedenheit eine Ermäßigung der Pflichten, d. h. Herabsetzung der Beiträge, um damit gerade den amtlischen Stellen deutlich zu machen, daß es unseren Tagesarbeitern mit ihrer Forderung ernst gemeint ist. Dies Recht, für die Interessen unserer Tagesarbeiter einzutreten, werden sich unsere Kollegen von keiner Seite nehmen lassen.

Wie kommen nun unsere Kollegen zu ihrer Stellungnahme? Der Par. 26 gewährt den Pensionistenmitgliedern nach 50 Altersjahren und 25 Dienstjahren, in denen 15 Jahre wesentliche bergmännische Arbeit verrichtet worden sein muß, Alterspension, wenn sie keine gleichwertige Lohnarbeit mehr verrichten. Unsere Kollegen sind weit davon entfernt, diese soziale Ertragsgemeinschaft den Bergleuten streitig zu machen, haben sie doch seinerzeit die Annahme des R.R.G. im Reichstag als sozialpolitischen Fortschritt von größter Bedeutung begrüßt. Aber bisher ist es noch keinem Menschen, auch nicht den Bergarbeitern, eingefallen, die Tätigkeit der Jechenhandwerker über Tage als „wesentliche bergmännische“ Arbeit anzusehen. So konnte auch der Gesetzgeber gar nichts anderes wollen. „Der Bergknappe“ unterrichtet nämlich seine Leser falsch, wenn er schreibt:

„Wer sollte in den Genuss der durch den Par. 26 vorgeschriebenen Verbesserungen kommen? Der, welcher wesentliche bergmännische oder diesen gleichwertige Arbeiten verrichtet hat.“

Diese letzten, hier gesperrten Worte stehen im Par. 26 des Reichsnappschaffsgesetzes nicht geschrieben! In Wirklichkeit heißt es dort, daß Berufsunfähigkeit anerkannt wird, wenn der Antragsteller 15 Jahre wesentliche bergmännische Arbeit verrichtet hat und keine gleichwertige Lohnarbeit mehr verrichtet!

Da uns nun aber „Der Bergknappe“ besonders das Studium seiner Nr. 39 ans Herz legt, sind wir dem gern nachgekommen, haben aber nur die Bestätigung unserer Ansicht gefunden. Denn auch hier heißt es: „Wesentliche bergmännische Arbeit ist mit anderen Worten eigentliche bergmännische Arbeit.“ Auf die Anerkennung der Gleichwertigkeit schwererer und gleich hoch entlohnter Arbeiten über Tage kommt es nämlich gar nicht an bei denjenigen, die überhaupt keine „eigentliche bergmännische Arbeit“ verrichtet haben, und das sind nach Ansicht des Gesetzgebers sowohl, wie der Bergarbeiter sämtliche über Tage beschäftigten Jechenhandwerker und ähnliche Berufe.

Also verlangen unsere Kollegen mit Fug und Recht entweder die Anerkennung der Voraussetzungen des Par. 26 auch für sich, oder sie müssen bei Ablehnung dieser Forderung auch die Zahlung gleich hoher Beiträge ablehnen. Diese Forderung wird an die zuständigen amtlischen Stellen und den Gesetzgeber gerichtet, weil unsere Kollegen doch nicht nur auf einen dießjährigen dauernden Rechtsstreit verurteilt werden können. Nach dieser Verlegung verzichtet sich die Unterstellung des „Bergknappen“, der Christliche Metallarbeiterverband leistet den Unternehmern Vorstudien, ganz von selbst.

Der Richtigstellung bedarf auch noch eine Notiz des Gewerkschaftsvereins in Nr. 292 der „Erfener Volkszeitung“, als ob unsere Entschliessung vom 1. November eine Lohnherabsetzung nicht für nötig gehalten hätte. Wer richtig lesen kann, wird in unserer Entschliessung die Begründung finden, warum alle im Bergbau vertretenen Verbände zunächst von der Forderung einer Lohnherabsetzung Abstand genommen hätten, daß nunmehr aber in den kommenden Lohnverhandlungen (und die setzen doch wohl die Kündigung der Lohnordnung voraus) der Notlage der Arbeiterschaft Rechnung getragen werden müsse.

Soziale Literatur

Die soziale Botschaft der evangelischen Kirche.

Die so betitelte Broschüre, herausgegeben vom Evangelischen Presbyterium für Deutschland (Berlin-Siegah, Bernauerstraße 8), enthält die vom ersten verfassungsmäßigen Deutschen Evangelischen Kirchentag am 17. Juni 1924 von Bethel bis Bielefeld aus erlassene soziale Rundgebung, die ein soziales Echo in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgerufen hat und deren sozial-politischen Teil wir hiermit im Wortlaut veröffentlichen. „Der sozialen Botschaft der Evangelischen Kirche ist weiteste Beachtung zu wünschen.“

Die Broschüre enthält ferner die dem Erlass der Rundgebung vorausgegangenen Vorträge von Prof. D. Titius (Berlin) über „Evangelisches Ehe- und Familienleben und seine Bedeutung für die Gegenwart“ und von Prälat D. Schöell (Stuttgart) über „Evangelischer Berufsgedanke und das Arbeitsleben der Gegenwart“. Prof. Titius bringt sorgfältig zusammengestellte Statistiken über Eheverordnungen, Geburtenrückgang, Ehemisshandlungen, Umfang der Wohnungsnot, Verbreitung der Geschlechtskrankheiten und anderer Volksleiden und er sagt: Eine Gesundung des deutschen Volkes ist nur möglich durch eine Kräftigung und Erneuerung des Ehe- und Familienlebens in christlichem Geist. Das die Keimzelle jeden Gemeinheitslebens bildende Familienleben muß in ständiger und religiöser Gehaltung die Grundlage auch des Staatslebens sein.

Prof. Schöell hält es für die soziale Aufgabe der Kirche, die Durchdringung unseres gesamten öffentlichen Lebens mit christlichem Geist als Hauptaufgabe zu betreiben. Aufzählendes wird anerkannt, daß die Kirche selber sich

nicht von jeder Schuld an der unheilvollen Beziehungslosigkeit zwischen Christentum und Arbeitsleben freisprechen kann. Das vielfach seelenlose Arbeitsleben muß wieder sittlichen Gehalt bekommen. Die Arbeit muß als sittlicher Beruf aufgefaßt werden. Berufsbewußtsein muß gepflegt und Berufsverantwortung anerkannt werden. Darum gehört zu den Aufgaben der Kirche die Pflege einer wahrhaft sozialen Gesinnung im Geist des Evangeliums und der Bekämpfung jeden Mammonsinnes. Kampf auch gegen Standeshochmut und Klassenhaß. Aus der sozialen Gesinnung folgt soziale Haltung und Tat. Die Kirche muß auch Stellung nehmen zu dem Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die zu gemeinsamer Arbeit berufen sind und sich zur Arbeitsgemeinschaft zusammenfinden müssen. So will die Kirche mit heiligem Ernst für die Geltung christlicher Grundsätze auch im öffentlichen Leben eintreten.

Die Herausgabe dieser Broschüre ist sehr zu begrüßen. Daß wir den auf dem Evang. Kirchentag entwickelten sozialen Gedanken

gängen und besonders der Rundgebung unsere freudige Zustimmung geben, haben wir in unserem Organ mehrfach zum Ausdruck gebracht. Es wäre zu wünschen, wenn allen Ständen und Volkstrieben diese Mahnung des Kirchentages ins Gewissen gehämmert und ins Herz geprägt und sie darnach handeln würden. Das würde auch eine Milderung und Überbrückung der sozialen Gegensätze in unserem Volk herbeiführen.

Bei dem reichhaltigen und wissenschaftlichen Material, welches die beiden Vorträge enthalten, kann die Broschüre unsern Kollegen und namentlich allen Funktionären zur Verwertung wärmstens empfohlen werden.

Bekanntmachung

Sonntag, den 30. November ist der 49. Wochenbeitrag fällig

Aus der Vergangenheit des Bezirks Südwestdeuschland

Von Bezirksleiter Karl Gengler.

Im Herbst 1897 wurde in Stuttgart im kath. Arbeiterverein eine Arbeiterjugendkommission ins Leben gerufen. Besonders tätige Förderer hierbei waren der um die württ. Arbeiterschaft hoch verdiente Diözesanpräses der kath. Arbeitervereine Josef Eduard und Redakteur Matth. Erzberger, der spätere Reichsfinanzminister. Eduard und Erzberger suchten besonders in Unterrietsluzen die Arbeiter für eine eigene Organisationsfähigkeit zu schulen und zu bilden.

Die Arbeiterjugendkommission hatte den Zweck, die Interessen der Arbeiter bei Behörden, Arbeitgebern usw. zu vertreten. Im Januar 1898 wurde in Erkenntnis der beruflichen Interessensvertretung eine Fachsektion der Holzarbeiter gegründet, der am 24. April 1898 die Gründung der Fachsektion der Metallarbeiter mit zunächst 13 Mitgliedern erfolgte. Von diesen Gründungsmitgliedern gehören zwei, Josef Eßer und Wendelin Knoll heute noch zu tätigen Mitgliedern des christlichen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart. Die Gründungen selbst sahen gleich eine lebhaftige Gegnerschaft. Der Terror von oben und unten setzte vielfach ein.

Auf einer Konferenz in Ulm im Oktober 1898 versuchte die Fachsektion der Stuttgarter Metallarbeiter Anschluss an die in Bagnern erhalten. Die angestrebte nähere Verbindung kam aber nicht zustande. Der 1. christliche Gewerkschaftskongress in Mainz 1899 brachte eine Förderung und Vertiefung des christlichen Gewerkschaftsgedankens. Auf diesem historischen Pfingstkongress war Württemberg durch Redakteur Erzberger, Metallarbeiter Eßer, Schneider Hummel und Bauarbeiter Jan vertreten. Von diesen lebt nur noch Eßer, Vorsitzender der christlichen Metallarbeiter Stuttgart. 1899 wurde noch die „Christliche Gewerkschaftskommission für Württemberg“ gegründet mit einem eigenen Organ „Christliches Gewerkschaftsblatt für Württemberg“. Damit war der enge Rahmen der Fachsektionen innerhalb der Arbeitervereine verlassen. Das Mainzer Programm der parteipolitischen und konfessionellen Neutralität wurde die Grundlage des Aufbaus der Bewegung. Erzberger schrieb die erste Werbeschrift für die christlichen Gewerkschaften. Die Stuttgarter Metallarbeiter gründeten den Christlichen Metallarbeiterverband für Württemberg mit Joseph Eßer als Vorsitzender. Im Protokollbuch der Stuttgarter Fachsektion der Metallarbeiter heißt es: „Mit dem 31. Dezember 1899 tritt der Metallarbeiterverein in Stuttgart aus seinem engen Rahmen heraus, um am 1. Januar 1900 einen württ. Metallarbeiterverband zu gründen, und zwar auf allgemeiner christlicher Basis.“

Diese Zeilen klingen heute einfach. Doch weiß ungeheurer Wagemut, echt christlicher Kämpfer- und Opfergeist, welcher Idealismus steckt darin. In diesem Zusammenhang verdient auch der Name des Buchdruckers Martin Neumaier hervorgehoben zu werden, der als Leiter und Sekretär der Gewerkschaftskommission rastlos tätig war. Sein und seiner Freunde Idealismus darf nie vergessen werden.

Eine Versammlung am 9. September 1901 beschloß nach einem Vortrag über die Frage der Zentralisation im Reich den Anschluß an den im Oktober 1899 gegründeten und von Franz Wieber geführten Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands, Sitz Duisburg. Damit war der entscheidende Schritt getan zur Ausbreitung des Verbandes und seiner Leistungsfähigkeit. Die inneren grundsätzlichen Auseinandersetzungen in der Bewegung, Neutralitätsstreit usw., haben die Stuttgarter Metallarbeiter hinter ihrem Franz Wieber, der am 14. April 1904 in öffentlicher feierlicher Versammlung in Stuttgart den Genossen einharrt suchte. Mit dem Anschluß an den Zentralverband übernahm Joseph Eßer die ehrenamtliche Tätigkeit eines Bezirksleiters für Württemberg, welcher er bis zur Aufstellung des ersten freigestellten Beamten mit großem Eifer oblag.

Die Goldstädte Schwäb.-Gmünd und Pforzheim haben am Werden des Christlichen Metallarbeiterverbandes ihren guten Anteil. In Schw.-Gmünd war es der Kollege Benedikt Baumhauer, der erstmals zu einer Sitzung am 27. Mai 1900 die Einladungen erging ließ. Am 18. Juni 1900 erfolgte mit 38 Mitgliedern die Gründung einer Lokalgewerkschaft mit dem Namen „Christl. Metallarbeitergewerkschaft Schwäb.-Gmünd“. Ihr Charakter war ebenfalls interkonfessionell und parteipolitisch neutral. Am 1. Juli 1904 erfolgte der Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands. Die große Arbeitszeitbewegung 1906 brachte die Reduzierung der täglichen Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden nebst Lohnausgleich. Der unfländige Beschäftigungsgrad der Fabrikarbeit brachte es mit sich, daß hier den Fragen der Erwerbslosenfürsorge früh Beachtung geschenkt wurde. Die Eingaben unseres Verbandes brachten es fertig, daß Gmünd mit bei den Städten Deutschlands war, die zuerst in Verbindung mit den Gewerkschaften eine Arbeitslosenfürsorge durchführten. Mit 47 Mitgliedern wurde im September 1900 in einer Versammlung des katholischen Arbeitervereins Pforzheim eine Ortsgruppe im Anschluß an den Christlichen Metallarbeiterverband Württembergs gegründet. Im September 1901 erfolgte mit letzterem der Anschluß an die Reichsorganisation. Der Frankfurter christlich-nationale Arbeiterkongress erweckte auch in evangelischen Arbeitkreisen erhöhtes Interesse und Beteiligung an den christlichen Gewerkschaften, was auch Pforzheim zugute kam. Große Bewegungen wurden vor dem Kriege, insbesondere 1904, 1906 und 1910 geführt. Letztere Bewegung führte zu dem großen Streik und Aussperrung in der gesamten Pforzheimer Edelmetallindustrie mit einem sehr blamablen Ausgang für die sozialistische Führung.

Größeren Umfangs waren die Organisationsbestrebungen in der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes. Die meisten Ortsgruppen des Christlichen Metallarbeiterverbandes wie des Christl. Holzarbeiterverbandes konnten in diesem Jahre auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Die besonders schlechte und abhängige Lage der Arbeiterschaft der Schwarzwälder Uhrenindustrie veranlaßte den damaligen Arbeitervereinspräses Kaspar Lang in Bellingen sich mit einer Anzahl Arbeiter über den Plan der Gründung einer

christlichen Organisation zu beschreiben. Der Plan fand Anklang auch in anderen Orten, wie Triberg, Furtwangen, Gütenbach, Börsenbach, Schramberg, Kaulbach, St. Georgen, Schwennigen. Bei der Gründungsversammlung, im April 1899 in der Tonhalle in Bellingen wurde der „Christliche Uhrenindustrie-Arbeiterverband Schwarzwald“ ins Leben gerufen. Erster Vorsitzender wurde der Uhrenfabrikmeister Ph. Kallenbach, dem später Nik. Uter folgte. Die neue Organisation hatte sehr große Schwierigkeiten zu überwinden. Die Beschränkung durch die Unternehmer war sehr stark, der Schwarzwälder selbst verzag mißtrauisch. Die Organisation der Uhrenarbeiter suchte Anschluss an die christlichen Gewerkschaften Württembergs und bezog auch von dort als Organ das „Christliche Gewerkschaftsblatt“. Unter den opferfreudigen Mitarbeitern der christlichen Uhrenarbeiterbewegung seien hier noch erwähnt der Kollege Lambert Weiser-Gütenbach, der seit Gründung der Ortsgruppe nun über 25 Jahre deren Vorsitzender ist. Kaum ein Kollege des Schwarzwaldes hat mit solcher Treue und persönlicher Aufopferung dem Verbands und der ganzen Arbeiterschaft so gedient, wie Lambert Weiser. Wären alle Arbeiter und Arbeiterinnen von seinem Geiste erfüllt, wahrlich, es würde um sie und die ganze Arbeiterschaft heute besser stehen. In Triberg stand in der Vorberater Joseph Maier, in Furtwangen der verstorbenen Friedrich Scherer, in Schramberg Haas und Jaller, die ebenfalls ihre ganze Kraft einsetzten, um die Bewegung voranzubringen. Der Vorsitzende Nik. Uter erkannte bald, daß der Uhrenarbeiterverband ohne größeren und stärkeren Rückhalt auf die Dauer nicht bestehen konnte. Unter Teilnahme Stegerwalds wurde im Frühjahr 1904 auf einer Verbandskonferenz in Bellingen der Anschluß an die Zentralverbände der christlichen Metall- und Holzarbeiter beschlossen. Damit war ein Rückhalt und starker Anstoß zur weiteren Entwicklung und Tätigkeit geschaffen. Der Schwarzwald, einst die Stätte größter Abhängigkeit der Arbeiter, wo der Unternehmer noch vor dem Kriege vielfach nicht verhandeln wollte, hat auch für Uhrenarbeiter und -arbeiterinnen ein anderes Gesicht erhalten. Arbeits- und Lohnverhältnisse sind kollektiv geregelt, Günstlings- und Kriecherwirtschaft abgebaut. Von der Treue und Mitarbeit der christlichen Uhrenarbeiterschaft zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation und ihrer finanziellen und organisatorischen Stärkung wird Erhaltung und Ausbau des Ertrages weiter abhängen. Tue jeder das seinige, dann gelingt es.

In der benachbarten Harmonikindustrie mit fröhlich geradezu erbärmlichen Löhnen und langen Arbeitszeiten kam die unser Verband nach wiederholten Versuchen in den Jahren 1906 bis 1911 erst 1919 festen Fuß fassen. — In Freiburg i. B. erfolgte die Gründung der Ortsgruppe am 17. Juni 1899 als Sektion des Vereins „Arbeiterklub“. Der Anschluß an den Zentralverband, Sitz Duisburg, wurde unter Führung des Kollegen Krüger (jetzt in München) am 1. Januar 1900 getätigt. Dem früheren Charakter Freiburgs als Handwerkerstadt entsprechend, hat unser Verband in der Vorkriegszeit vorwiegend in den Berufen der Schmiede, Schlosser, Blechler, Instrumentenmacher eine umfangreiche und erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. 1893 fanden in Karlsruhe u. a. u. h. christliche Arbeiter zu einem Unterrichtskursus sich zusammen, der in seiner Fortsetzung 1898 zur Bildung der „Freien Vereinigung christlicher Arbeiter“ führte. Die Gründung des christlichen Metallarbeiterverbandes durch Franz Wieber gab den Anstoß zur Errichtung einer Fachstelle in Karlsruhe, die am 1. März 1900 erfolgte. Später trat Durlach hinzu. In den Streiks und Bewegungen der Jahre 1904, 1906 usw. waren unsere Kollegen stark beteiligt. Der aufkommende „freihändlerische“ Terror aus dem sozialistischen Lager hat unsere Entwicklung lange Zeit sehr gehemmt. Aber auch hier hat der geistige Jertall im Sozialismus die Bahn frei gemacht und müssen nun in Württemberg unsere Kollegen mit ganzer Kraft an der Erhaltung des christlichen Metallarbeiterverbandes arbeiten.

In Mannheim erfolgte aus den konf. Vereinen heraus am 22. Januar 1899 die Gründung einer Fachsektion der Metallarbeiter. An den Vorarbeiten des Mainzer Kongresses wie an ihm selbst nahmen die Mannheimer Metallarbeiter regen Anteil. Auf der am 15. Oktober 1899 in Düsseldorf stattgefundenen christlichen Metallarbeiterkonferenz zur Gründung unseres Zentralverbandes, war Mannheim vertreten und trat auch sofort demselben bei. Die Mannheimer Kämpfe größeren Stils sind im ganzen Reich bekannt geworden, besonders der denkwürdige Streikvermerk vom 15. Oktober 1908 bis Mitte Februar 1909. Mannheim war auch Ausgangspunkt der Verbandsgründungen in Unterbaden, der Pfalz und bis nach Hessen. Ludwigschafen war bis zur Errichtung seiner eignen Verwaltungs- und Geschäftsstelle mit Mannheim verbunden. Auch heute haben wir in diesem Industriegebiet eine treue starke Kollegenschaft, die in diesem Gegenkassell eines zerfallenden sozialistisch-kommunistischen Radikalismus fest blieb und durch ihre eigne Tätigkeit verpflichtet, in Arbeiterbewegung und Wirtschaft Besserung herbei zu führen. Ihnen schließen sich an die Kollegen der Verwaltungsstelle Kaiserslautern, die am 4. Juli 1900 gegründet, konstant ihren Weg nach aufwärts geht. Gerade die Verhältnisse in der Pfälzer Industrie sprechen laut für die Notwendigkeit eines starken christlichen Metallarbeiterverbandes. Bei der Würdigung der Anfänge und Entwicklung unserer Bewegung in Mannheim, Unterbaden und der Pfalz darf der Name des leider verstorbenen Kollegen Philipp Samsag nicht unerwähnt bleiben. Er war einer der ersten, nicht bloß bei der Gründung, sondern auch in der ganzen Arbeit für die Ausbreitung unseres Verbandes und die Interessensvertretung der Kollegen. Tadellos hat Samsag keine ganze Kraft und Zeit als ehrenamtlicher Bezirksleiter in den Dienst des Verbandes gestellt.

Aus den Wenigen von damals wurde eine stattliche Schar, die weiß, was sie will. Ohne die Arbeit des christlichen Metallarbeiterverbandes im Bezirk Südwestdeuschland wäre manches Erprobliche für die Arbeiterschaft nicht zustande gekommen. Die Arbeit fortzuführen, unter voller Wahrung unseres Wesens und unserer Selbstständigkeit, ist unsere Aufgabe und unser freudiger Schwur.